

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 79 (1999)
Heft: 11

Artikel: Gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik
Autor: Leontjeva, Elena
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-166144>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Elena Leontjeva ist Präsidentin des Litauischen «Free Market Institute» und persönliche Beraterin des Staatspräsidenten Valdas Adamkus.

GUTE WIRTSCHAFTSPOLITIK IST DIE BESTE SOZIALPOLITIK

Als wir in Litauen die Sozialpolitik zu analysieren begannen, war die erste von uns zu beantwortende Frage: Was ist Sozialpolitik? Wie wird sie definiert und was bezweckt sie?

Die vom Ministerium für Soziale Sicherheit und Arbeit angebotene Definition lautet: Sozialpolitik ist *«die Koordination der Arbeitsmarktpolitik, die Schaffung günstiger Bedingungen für eine sichere Arbeit und angemessene Entlohnung sowie eine ausreichende Fürsorge für Menschen, die wegen Verlustes des Einkommens oder der Gesundheit nicht in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen»*.

Die Fähigkeit der Menschen, zu arbeiten und Geld zu verdienen, hängt von einer ganzen Reihe von Faktoren ab, wie beispielsweise dem wirtschaftlichen Umfeld, dem Steuersystem und der Wettbewerbsfähigkeit. Unsere Analyse zeigte, dass «Sozialpolitik» in Litauen zu eng aufgefasst wird. Während allgemein die Meinung vorherrscht, die Sozialpolitik solle einzig vom Ministerium für Soziale Sicherheit und Arbeit betrieben werden, sind alle vom Staat übernommenen Leistungen in Wirklichkeit Sozialpolitik.

Das Wohl des Volkes hängt aber in erster Linie von den wirtschaftlichen Bedingungen ab. Da die Zeiten der Staatswirtschaft hinter uns liegen, wird das Wohlergehen von den Bedingungen determiniert, unter welchen Leute Unternehmungen starten, eine Anstellung finden und Wohlstand schaffen. Die Menschen müssen sich vor allem sicher fühlen können. Ihr Eigentum, ihre Gesundheit und ihr Leben sollen geschützt sein. Deshalb spielen sogar jene politischen Aufgaben eine bedeutende Rolle, welche nur ausnahmsweise dem Sozialen zugeordnet werden – zum Beispiel die Geldpolitik. Bekanntlich hat seinerzeit die Währungsreform und die Einführung einer unabhängigen Währungskommission bei einigen Experten zur Befürchtung geführt, die Lage der sozial Schwächeren werde dadurch verschlechtert. Die Anti-Inflationspolitik hat jedoch gerade den kleinen Normalverdienern mit festem Einkommen am meisten genützt, da diese vor Verlusten bewahrt wurden. Natürlich muss man sich auch mit den Problemen jener Menschen befassen, die aus irgendwelchen Gründen kein eigenes Geschäft aufbauen, keine Anstellung finden und so auch nicht an der Schaffung von Wohlstand partizipieren können.

Die Abwesenheit von Ungleichheiten oder deren künstliche Verhinderung hemmt den Fortschritt. In einigen Fällen ist die Existenz reicher Leute allein schon durch deren Verbrauch an Luxusgütern gerechtfertigt, da dieser andern zu Einkommen verhilft. Doch gehören Dinge, welche heute als Luxus für die Reichen gelten, morgen bereits zum Lebensnotwendigen. Während zu Beginn dieses Jahrhunderts ein eigenes Badezimmer als ein Luxus der Reichen aufgefasst wurde, ist dieses heute meist auch bei eher bedürftigen Familien vorhanden. Konsumwünsche wirken stimulierend und sind eine Bedingung für den wirtschaftlichen Fortschritt. Länder mit umfassenden wirtschaftlichen Freiheiten können niedrige Arbeitslosenzahlen vorweisen. Wenn wir uns in unserem Land umsehen, werden wir feststellen, dass es unzählige potentielle Güter und Dienstleistungen gibt, die wir gerne auf dem Markt kaufen würden, wenn sie nur angeboten würden. Weshalb beklagen sich so viele Leute, keine Arbeit zu finden, obwohl es doch einen unerschöpflichen Bestand an zu verrichtender Arbeit gibt? Der Hauptgrund liegt darin, dass die Menschen enorme Barrieren vorfinden, wenn sie versuchen, auf dem Markt aufzutreten und ihre Fähigkeiten anzuwenden. In einem freien Markt wäre Beschäftigungslosigkeit praktisch inexistent, da die Wünsche der Menschen und folglich auch die Möglichkeit, diese durch Arbeit zu befriedigen, unbegrenzt sind.

Eine andere Frage dreht sich um die Entlohnung. Es wäre wahrscheinlich zunächst weniger zu verdienen als mit dem von der Regierung garantierten Mindestlohn. Doch wären solche Gelegenheiten der erste Schritt, Erfahrungen zu sammeln und für die Zukunft zu lernen. Natürlich hängen die Verdienstmöglichkeiten von der Wettbewerbsfähigkeit der ganzen Wirtschaft ab oder auch von der Kapazität der Unternehmungen, Güter zu produzieren, die in und ausserhalb Litauens verkauft werden könnten. Schlagzeilen in der Presse verkünden denn auch, die Preise des Weltmarktes seien für die Litauer zu niedrig. Dies legt die Vermutung nahe, dass unsere Arbeitskosten so hoch sind, dass wir nicht konkurrieren können. Nun gibt es zweifellos Firmen, die Nischen finden, in welchen sie mit ihrer Wettbewerbsfähigkeit ganz gut mithalten können. Es sind

jedoch die staatlichen Regulierungen und hohen Steuern, welche durch direkte Beeinflussung der Kosten und Preise die Konkurrenzfähigkeit untergraben. Deshalb verbreitet sich die Arbeitslosigkeit, und der einzige Weg, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, liegt darin, dass man den Leuten eine Möglichkeit gibt, zu tiefstmöglichen Kosten zu produzieren. Die Senkung der Kosten für den Unterhalt des Staates und der Bürokratie sollten deshalb als erstes Ziel anvisiert werden.

Wenn der Staat sich zum Ziel gesetzt hat, dem Volk den grösstmöglichen Wohlstand zu gewährleisten, dann müsste er auch all seine politischen Strategien so gestalten, dass sie die Prinzipien des freien Marktes bestmöglich wiedergeben. Wenn aber die

*Der Staat sollte damit aufhören,
den Menschen paternalistische Signale zu
übermitteln und vielmehr Raum für
alternative Massnahmen schaffen – private
Versicherungen und Solidarität in der Familie.*

Politiker verkünden, dass sie die Verantwortung für die Gesundheit, das Einkommen und das Leben des Volkes übernehmen, dann machen sie das Volk glauben, dass bei Problemen tatsächlich der Staat zuständig sei. Wie Meinungsumfragen zeigen, zählen die Menschen immer darauf, dass der Staat ihre Erwartungen erfülle, obwohl sie von ihm keine Unterstützung empfangen. Je rascher derartige Signale an das Volk eingestellt werden, sowohl in Form von Ideen wie von politischen Strategien, desto rascher wird die individuelle Verantwortung an Boden gewinnen. Eine Lösung wäre die private Rentenversicherung, welche in ihrer reinen Form verwirklicht und an private Gesellschaften übertragen werden sollte. Erfreulicherweise zeigen Meinungsumfragen, dass sich viele Leute auf sich selbst verlassen würden,

wenn sie wüssten, dass die Regierung für ihre materiellen Nöte im Falle dieses oder jenes Unglücks nicht aufkäme. Ebenso wichtig ist die Pflege der Familien und des Gemeinschaftssinns. Wenn eine Familie von einem Unglück betroffen wird, denken wenige, dass sie sich – zumindest moralisch – verantwortlich fühlen müssten. Höchstwahrscheinlich wäre dies anders, wenn es keine staatlichen Institutionen gäbe, zu denen man im Falle von Schwierigkeiten Zuflucht nehmen könnte. Schliesslich sind sie von vielen von uns auch gar nie aufgegeben worden.

Menschen, deren Probleme nicht auf dem Markt gelöst werden können, sollten vom Staat Unterstützung erhalten, jedoch nur auf einer von den Einkommens- und Vermögensverhältnissen abhängigen Grundlage, wobei das Fehlen von Einkommen und Besitz das einzige Kriterium zur Bestimmung der Berechtigung ist. Alle Hilfsprogramme zielen unweigerlich darauf ab, den Menschen in der einen oder anderen Situation zu Einkommen zu verhelfen. Dies sollte der Kern sozialer Hilfe sein. Wenn irgendwelche anderen Kriterien dazukommen, wird das System teuer und schwierig zu handhaben.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Sozialpolitik von allen staatlichen Institutionen betrieben wird, jedoch unter verschiedenen Bezeichnungen. Die Resultate dieser Politik stehen oft im Widerspruch zu den angestrebten Zielen des grösstmöglichen Wohlstands. Die Lösung ist ganz einfach: Jede Politik sollte danach streben, die Prinzipien des freien Marktes zu verwirklichen, so dass die Menschen die bestmöglichen Bedingungen vorfinden, um zu arbeiten und einen anständigen Lebensunterhalt zu verdienen. Der Staat sollte aufhören, den Menschen paternalistische Signale zu senden und vielmehr Raum für alternative Massnahmen schaffen – private Versicherungen und Solidarität in der Familie. Die Sozialpolitik, wie wir sie heute kennen, benötigt eine grundlegende Änderung und nicht ein Herumbasteln. ♦

Der Beitrag von Elena Leontjeva wurde von Beatrice Bissoli, Zürich, aus dem Englischen übersetzt.

The first lesson of economics is scarcity: There is never enough of anything to satisfy all those who want it. The first lesson of politics is to disregard the first lesson of economics.

Thomas Sowell